

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

Im Rahmen der Antragsarbeit für den hessischen Landesparteitag am 21. März 2015 habe ich mich in die Beitrittskriterien für die Europäische Union eingesehen. Der Europäische Rat hat in seinen Kopenhagener Schlussfolgerungen vom 22. Juni 1993 (EG Bull. 6/93, S. 13) vier generelle Voraussetzungen aufgestellt, die sich sowohl an den beitragswilligen Staat, wie auch an die EU richten.

- ~ Verfassungsstaatlichkeit
- ~ Binnenmarktfähigkeit
- ~ Integrationswilligkeit
- ~ Erweiterungsfähigkeit.

Neben dem spannenden Thema, ob die EU derzeit überhaupt noch erweiterungsfähig ist, sprang mir im Hinblick auf die Verfassungsstaatlichkeit ein DIHK-Bericht aus Brüssel ins Auge:

### "Fortschrittsberichte für Bulgarien und Rumänien vorgelegt . Weiterer Handlungsbedarf

Die Europäische Kommission hat am 28. Januar 2015 die Fortschrittsberichte für Bulgarien und Rumänien zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität und der Justizreform für die letzten zwölf Monaten im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens vorgelegt.

Für Rumänien sieht die Kommission Fortschritte gerade im Bereich der Korruptionsverfolgung. Diese müssten jetzt verfestigt werden. In Bulgarien hingegen werden nur langsam Fortschritte erzielt. Grund hierfür

ist auch die instabile politische Lage im letzten Jahr. Gerade im Bereich der Korruptionsbekämpfung und der Verfolgung der organisierten Kriminalität fehle eine Strategie, hieß es im Bericht."

Auch wenn wir alle an diesen Themen in allen EU-Ländern immer arbeiten müssen, könnte es sinnvoll sein, beitragswillige Länder erst dann aufzunehmen, wenn eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung gegeben ist.

## Europäische Kommission

### Umstrittener Mindestlohn

Zum 1. Januar 2015 wurde in Deutschland ein Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Er gilt auch für das Transportgewerbe. Die Regelung sieht vor, dass der Mindestlohn auch auf Fahrer ausländischer Speditionen auch im Transit-, Kabotageverkehr gelten soll. Die Spediteure sollen Daten zu ihren Touren und der Bezahlung der Fahrer an die deutsche Verwaltung liefern. Die Verwaltung kann auf Grundlage der Daten dann prüfen, ob der Mindestlohn für die Stunden, die Fahrer in Deutschland verbringen, gezahlt wurde. Weiterhin kann der Zoll bei einer Fahrzeugkontrolle prüfen. Mögliche Bußgelder könnten mehrere Zehntausend Euro betragen.

Gegen diese Praxis haben sich inzwischen die Regierungen von Polen, Großbritannien, einiger baltischer Staaten, Ungarns und



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Rumänien gerichtet. Sie argumentieren, dass Deutschland mit dem Vorgang nicht-tarifäre Hürden errichte, die nicht mit den Regeln des Binnenmarkts vereinbar seien. Zudem würden Datenschutzregelungen verletzt.

Die Kommission hat sich nun in das Verfahren eingeschaltet und die Absicht geäußert, ein Dialogverfahren zu dem Thema zu starten. Ein solcher Dialog kann als eine Vorstufe zu einem Vertragsverletzungsverfahren gelten.

## Verhandlungen zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Kasachstan abgeschlossen

Auf dem Weg zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Kasachstan wurde mit dem Paraphieren des Textes durch die Europäische Kommission und die Regierung der Republik Kasachstan ein wichtiger Schritt unternommen. Die Verhandlungen sind damit abgeschlossen und das Abkommen muss noch offiziell unterzeichnet werden, bevor es in Kraft treten kann. Es beinhaltet neben Bereichen der politischen Kooperation auch Vorschriften zur Stärkung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Kasachstan ist das erste Land in Zentralasien, das ein solches Abkommen mit der EU abgeschlossen hat. Der neue Vertrag wird ein bestehendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1999 ersetzen.

## **Europäische Finanzpolitik**

### Portugal tilgt vorzeitig Hilfskredite

Portugal will die im Jahr 2011 vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhaltenen Kredite in Höhe von 26 Milliarden Euro vor Fristablauf zurückzahlen. Das erklärte die portugiesische Finanzministerin Maria Luís Albuquerque am Mittwoch in Lissabon. Insgesamt 78 Milliarden Euro wog das Hilfspaket, das EU und IWF im Jahr 2011 für Portugal geschnürt hatten. Jetzt ist das Land offenbar auf dem Weg aus der Krise; im Mai 2014 hat es den EU-Rettungsschirm verlassen.

## **Energiepolitik**

### Deutschland fördert Erneuerbare Energien EU-weit am stärksten

Der Rat der europäischen Regulierer (CEER) hat in einer aktuellen Abfrage unter den EU-Mitgliedstaaten ermittelt, welche nationalen Fördersysteme für erneuerbare Energien existieren. Die Ergebnisse sollen eine bessere Vergleichbarkeit unterschiedlicher Fördermaßnahmen hinsichtlich Mechanismus, Förderhöhe sowie der jeweils förderfähigen Technologie ermöglichen. Der aktuelle CEER-Bericht befasst sich anders als der CEER-Vorgängerbericht aus 2013 - auch mit Fragen rund um die Vermarktungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien und Regelungen zum Eigenverbrauch.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Grundsätzlich gilt: Länder mit einem hohen EE-Anteil am Erzeugungsmix haben in der Regel höhere Förderkosten pro erzeugter MWh Strom. Deutschland förderte Erneuerbare EU-weit am stärksten: Rund 122 TWh sind im Jahr 2013 mit Fördergeldern bedacht worden. Im Jahr 2012 hat die EE-Förderung Deutschland CEER zufolge 16,29 Milliarden Euro gekostet.

Der EE-Förderanteil an der Bruttostromerzeugung variiert teils erheblich zwischen den Mitgliedstaaten und liegt in Norwegen bei 0,1 Prozent und in Dänemark bei 55,9 Prozent. Deutschland kommt auf 18,2 Prozent, während der EU-Durchschnitt im Jahr 2012 bei 12,6 Prozent lag. Hinsichtlich der Kosten für eine MWh geförderten Strom bestehen ebenfalls große Unterschiede: Im Jahr 2013 variierte die gewichtete durchschnittliche Förderung von 10,56 Euro pro MWh in Estland bis zu 194,51 Euro/MWh in Tschechien. In Deutschland betragen die Kosten 144,15 Euro/MWh.

Zu den geläufigsten nationalen Fördermechanismen gehören sowohl preisbasierte Mechanismen wie Einspeisevergütungen, Marktprämien, Investitionszuschüsse und Steuervergünstigungen als auch mengenbasierte Systeme wie Ausschreibungsmodelle und Quoten. Mitunter kommt im selben Mitgliedstaat eine Kombination verschiedener Mechanismen zum Einsatz.

EE-Strom wird in den meisten Ländern wie konventioneller Strom vermarktet. EE-Anlagen haben überwiegend dieselben Bi-

lanzkreisverpflichtungen wie konventionelle Anlagen, werden jedoch beim Netzzugang und Dispatching bevorzugt.

## Auswahl und Redaktion:



## Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: [d.weiner@fdp-kreis-of.de](mailto:d.weiner@fdp-kreis-of.de)

